

Er scheint wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hohestraße 4.
die Genossenschafts-
Buchdruckerei, Zeilstraße 44.
H. Debel, Peterstraße 18.
J. Müller, Bayerstraße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Fällige Expeditionen für die Ver-
einigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Pinnerker,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 33.

Mittwoch, 23. April.

1873.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht und seine Gegner.

(III. Recensionsartikel in der Serie:

„Der „moderne Sozialismus“ und das veraltete Vornormen.“)
Eines der Hauptmomente, das dem Verf. so argen Grusel vor
dem „modernen Sozialismus“ einflößt, ist das allgemeine gleiche
Wahlrecht. „Der Höhe des modernen Sozialismus ist das souve-
raine allgemeine Stimmrecht und der darauf beruhende Staat.
Was ist aber dieser Staat des absoluten allgemeinen Stimmrechts
anders als die organisierte Slaverie der Minderheit, die despotische
Herrschaft der Mehrheit, ja in der Regel nicht einmal der Mehr-
heit, sondern irgend einiger Volksführer? Es läuft bei derartigen
Abstimmungen auch meist eine große Selbsttäuschung mitunter.
Denn wenn nicht alle Berechtigten zur Urne gehen, so kann die
Volksstimme nicht einmal formell vollkommen zum Ausdruck kommen.
Nun aber sind die Wahlhaltungen meist sehr zahlreich und in
der Regel sind es die konservativen Elemente im Volke, die sich
von der Agitation und den Wahlen fern halten. Eine Minderheit
stimmt ab, erregt, was ihr an Zahl abgeht, durch Lärm und ge-
berdet sich als das „Volk“ und preist die eigene Stimme als die
„Volksstimme“.

Diese ganze Deflamation ist wieder so unlogisch wie nur mög-
lich! Weil das allgemeine Wahlrecht gewisse Nachteile im Gefolge
haben kann, darum soll es — obgleich es besser ist als alle an-
dern Wahlssysteme — dennoch verschwinden. Das ist ungefähr
so, wie wenn man sagen wollte: Weil bei einer schlecht verwalteten
Eisenbahn viel Unglück passieren kann, darum darf man über-
haupt nicht auf der Eisenbahn, auch auf der gut verwalteten
nicht, fahren. Oder: Weil das Kind, ehe es gehen lernt, oft fällt
und sich dabei sehr wehe thun kann, darum darf es überhaupt
nicht gehen lernen. Wie würde man sich mit solchen Doktrinen
dem Gespötte überlassen! Und doch gleicht ihnen die Theorie des
Verf. aufs Haar! Er glaubt steif und fest, das heutige allgemeine
gleiche Wahlrecht sei der Ausbildung und Verbesserung unfähig.
Und das ist nicht wahr. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist
ebenso verbesserungsfähig wie das Eisenbahnsystem und wird —
gleich diesem — verbessert werden durch die Fühlbarkeit seiner
Mängel. Z. B. dadurch, daß die Wahlverpflichtung eingeführt,
damit die „Wahlenthaltung“ und der „Lärm der Minderheit“
bejeitigt wird und also die „Volksstimme“ formell vollkommen
zum Ausdruck kommt.“ Ein weiteres Verbesserungsmittel, nament-
lich um die „organisierte Slaverie der Minderheit“ unmöglich zu
machen, ist von den Sozialisten schon längst ins Auge gefaßt
worden; es sei hier beiläufig auf die von Liebknecht wiederholt
auseinandergesetzte Modifikation des Hare'schen Wahlsystems hin-
gewiesen, welche einigermaßen der vollständigen Majorisierung der
Minderheit vorbeugt; sie besteht in der Aufhebung der Wahl-
bezirke und der gleichmäßigen Verteilung der Mandate an die
einzelnen Parteien, je nach ihrer Stimmzahl. Während heute
beispielsweise die Sozialisten Sachsen nur 1 Vertreter im Reichs-
tag haben, würden sie, wenn man auf jene Weise die in allen
sächsischen Wahlbezirken zusammen durchgefallenen sozialistischen Mi-
noritätsstimmen addiert und sie in Verhältnis zur Gesamt-
zahl der abgegebenen Stimmen bringt, den vierten Teil aller
sächsischen, also 5 Abgeordnetenmandate erhalten müssen. Noch
andere Verbesserungen des Allgemeinen gleichen Wahlrechts werden
sich im Laufe der Zeit ohne Zweifel entwickeln, und um so eher,
als die vom Verf. geschilderte Nachseite des heutigen allgemeinen
gleichen Wahlrechts bereits vor uns liegt. Durch den gegen-
wärtigen, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen
„Reichstag“ ist nämlich bereits die „organisierte Slaverie der
(sozialistischen) Minderheit“ von Neuem besiegelt worden und „die
despotische Herrschaft der Mehrheit, ja nicht einmal der Mehrheit,
sondern irgend einiger (durch Besitz, Amt u. s. w. einflussreichen,
antisozialistischen) Volksführer.“ Diese Fälschung des Allgemeinen
gleichen Wahlrechts ist (abgesehen von der Vereins- und Pressen-
besetzung) nur möglich gewesen durch die heutige Unbildung der
Massen; ist diese bejeitigt, so kann auch das allgemeine gleiche
Wahlrecht zu reinerem Ausdruck kommen. Der Verf. glaubt das
aber nicht. „Dieser Wahlmodus — so argumentiert man — bringe
die unverfälschte Volksmeinung zum Ausdruck und könne ferner
auf die Dauer nicht irren, er trage sein Korrektiv in sich selbst,
er sei, wie Casselle sagt, die Lanze, welche die Wunden, die sie
geschlagen, wieder heilt; zuletzt werde, glaubt man, das Volk doch
hinsichtlich der Personen und Sachen das Richtige treffen. Dieß
möchte wohl der Fall sein bei einem materiell, intel-
lectuell und moralisch gesunden Volke, niemals aber bei
einem solchen, das von sozialistischen Ideen durchtränkt ist und
dem Materialismus huldigt.“ (Da haben wir's wieder: die
Grundursache alles Übels ist der sogenannte „Materialismus“.)
„Die Sozialisten begehen — und darin liegt einer ihrer Haupt-
fehler — den großen Irrthum, daß sie die Menschen nicht nehmen,
wie sie sind.“ (Aberdings nehmen wir die Menschen nicht, „wie
sie sind“, sondern wie sie sein sollen und werden. — Wenn
eine Entwicklung vom Affen bis zum heutigen Menschen möglich
war, warum soll sich dieser dann nicht um den tausendsten Teil
jenes Abstandes noch weiter entwickeln können?) „Das allgemeine
Stimmrecht in seiner unbeschränkten Anwendung wird stets die
Waffe sein, womit die eine Partei die andere überstimmt, beherrscht
und ausbeutet — auch im sozialistischen Staat.“ Eine Frage an
den Verfasser: Kann er uns ein Mittel, das allgemeine Wahlrecht
angefahren, nennen, wodurch die „Überstimmung“ u. s. w. der
einen Partei durch die andere verhindert wird? Gibt es ein
solches Mittel im heutigen Staat? Hat der Verf. nicht viel-
mehr durch seine Anerkennung des statistischen Ergebnisses der
„95 Prozent“ und durch seine Phrase von der „Wiederherstellung
der natürlichen Sozialordnung“ zugegeben, daß jene Verhältnisse,
die er nun lediglich auf das funktionsgeladene allgemeine Wahlrecht

schieben will, bereits bestehen? — In Wirklichkeit liegen für den
Sozialismus die Dinge so: Es ist selbstverständlich, daß der So-
zialismus, ehe er zur Herrschaft kommen kann, erst die andern
„Parteien“ vernichten, d. h. „überstimmen“, beherrschen und aus-
beuten“ muß! Denn wie kann anders der Sozialismus prokla-
mirt werden, als dadurch, daß die Herren Grundbesitzer appro-
priirt (also „überstimmt“, beherrscht und ausgebeutet“) und der
Staatsfiskus zunächst für die Arbeiter-Produktivassoziationen in
Anspruch genommen wird? Ist aber der sozialistische Staat ein-
mal proklamirt, so haben alle ehemaligen Parteien nur gleiche
Rechte; wenn dann die eine, infolge ihrer Minderzahl, in gewissen
Dingen durch die andere „überstimmt“ wird, so ist das ihr Privat-
malheur, aber der „Sozialismus“ kann nicht dafür verantwortlich
gemacht werden, ebensowenig wie man Gott oder das Königthum
dafür verantwortlich machen kann, daß 2 noch einmal so viel wie 1
ist. Nur darf die Mehrheit nicht in den Fehler der heute herr-
schenden Klassen verfallen: sich mehr Rechte zu vindizieren, als der
schmolenden Minderheit; denn dann wäre dieser unbestreitbar das
Recht der Revolution gegeben. Das „Überstimmen“ aber läßt
sich nicht abschaffen — weder mit noch ohne allgemeines gleiches
Wahlrecht, und dem Sozialismus zumuthen, jenes Naturübel
beseitigen zu sollen, wäre ungefähr so geistreich, wie eine For-
derung, er solle dafür sorgen, daß die kleinen Kindern, anstatt den
armen Frauen so viel Schmerzen zu machen, lieber auf den
Häufen wälzen. Dieses Letztere wäre doch eigentlich auch ganz
hübsch und ebenso nothwendig zur Vervollkommenung des mens-
lichen Glücks, wie die Verbesserung des allgemeinen Stimmrechts!
Was in aller Welt ist es wohl, was unserm Verf. das allgemeine
Stimmrecht so verhasst macht? Ganz einfach der „Materialismus“,
der darin steckt und der „Abfall von der Autorität“, der „fortwäh-
rend neue Gesetze erzeugt“. „Die Herrschaft des absoluten all-
gemeinen Stimmrechts bedeutet die Bewichtung jeder feststehen-
den Rechtsnorm (Ganz richtig! Das „Recht“ ist eben nicht
„feststehendes“, Absolutes, sondern etwas Schwankendes, Relatives;
Andernfalls wäre es ja eine Sünde und Schande, daß das „jus
primas noctis“ abgeschafft ist!), jeder höher begründeten Sitt-
lichkeit (Ganz richtig! Es giebt keine „höhere“ Sittlichkeit, als
die von der Gesellschaft selbst „begründete“), überhaupt die Ver-
seigerung jener ewigen Grundsätze (Was für welche sind das
eigentlich?), auf denen allein Freiheit und Civilisation gedeihen
können.“ Es ist unzweifelhaft, daß der Verf. mit dieser Phrase
irgend eine „göttliche Weltordnung“ im Auge hat, sich aber
geniert, sein religiöses Bekenntniß offen abzulegen. Es geht dies
auch aus Folgendem hervor: „Es giebt Dinge, über welche selbst
der größten Mehrheit und der höchst stehenden Persönlichkeit keine
Gewalt zusetzt; dazu gehören die naturrechtlichen Grundlagen der
Gesellschaft (Ganz richtig!), also (!?) auch (!?) das Privateigen-
thum, ferner die großen Grundsätze des Rechts und der Moral.“
Der letzte Theil ist falsch. Wer hat denn diese „großen Grundsätze
des Rechts und der Moral“ geschaffen, wenn nicht jene „Mehr-
heit“ in Verbindung mit den „höchst stehenden Persönlichkeiten“?
Warum nun soll nicht, was die eine „Mehrheit“ geschaffen hat,
die andere wieder abschaffen dürfen? Es kann doch nur jedes
Zeitalter über sich selbst disponiren, und nicht über die zukünf-
tigen Geschlechter! Kein Grundsatz des „Rechts“ und der „Moral“,
der uns von den Äyonen überkommen, ist bindend für uns. Wir
können ihn acceptiren oder auch nicht, je nachdem es das soziale
Bedürfnis erheischt. Unrecht und Unsitte werden dadurch
niemals (!) zu Recht und Sitte, daß eine Mehrheit von Menschen
und selbst alle Menschen zusammen sie dazu erklären; sie sind
Prinzipien und Kategorien höherer Ordnung.“ Hier haben wir's
ganz deutlich, daß der Verfasser an eine „göttliche Autorität“
glaubt, welche ein für allemal „Recht“ und „Sitte“ unabänderlich
festgesetzt habe. Glaubt er nicht an Gott, — desto schlimmer dann
für ihn; denn in diesem Falle giebt es gar nichts, worauf er
allenfalls seine „höhere, sittliche Ordnung“ u. s. w. „begründen“
könnte.

Von zwei Dingen Eins:

Entweder giebt es keinen Gott und dann können wir die
alten Gesetze ändern, so viel wir nur Lust haben.
Oder es giebt einen Gott — und dann wären wir aller-
dings gelehrt.

Glücklicherweise aber hat noch Niemand das Dasein Gottes
beweisen können; ergo müssen wir auch annehmen, daß die „Moral“
und das „Recht“ — wie deren Gegensätze „Unsitte“ und „Unrecht“
— von Menschen gemacht sind und darum auch von uns nach
Bedürfnis abgeändert werden können. Und die sogenannten „ewigen
Grundsätze“, auch die bleiben nur so lange bestehen, als wir sie
für passabel halten. — Welche Kezerei! Auch den Todtschlag
werden diese „Materialisten“ noch für „moralisch“ erklären, wenn
sie nicht glauben, daß es „ewige Grundsätze der Moral“ giebt!
Gemach, ihr Herren! Ihr selbst glaubt nicht an die „ewigen
Grundsätze der Moral“; ihr selbst erlaubt unter gewissen Um-
ständen den „Todtschlag“ (z. B. durch den Scharfrichter); ihr selbst
grade habt also an einem salmiananten Beispiel und gezeigt, daß
es keine „feststehende Rechtsnorm“ giebt, sondern daß „Recht“ und
„Moral“ relative Begriffe sind, die bald so bald anders gefaßt
werden. — An die Stelle der ewigen Grundlagen der Civilisation
treten die Willkür und der Absolutismus einer wechselnden Mehr-
heit“ und dadurch wird, weil man sich dabei nicht „um höhere,
unveränderbare Prinzipien kümmert, alles Recht, alle Ordnung, alle
Stabilität vernichtet.“ Ganz richtig. „An die Stelle der ewigen
Grundlagen der Civilisation“ treten die wechselnden — mag
man nun diesen Vorgang „Willkür“ oder „Absolutismus“ oder
sonstwie nennen. Wären diese „Grundlagen der Civilisation“
nicht „wechselnd, sondern ewig“, so müßten wir heute ungefähr
noch in der Pfahlbauten-Periode stecken! Wer hat jenen Menschen

das Recht gegeben, die „ewige Grundlage“ der (Pfahlbauten-)
„Civilisation“ zu verlassen? „Willkür“, „Absolutismus“ einer
„wechselnden Mehrheit“, die, „ohne sich dabei um höhere, unver-
änderbare Prinzipien zu kümmern, alles Recht, alle Ordnung und
Stabilität“ der Pfahlbautenzeit „vernichtet“ hat. Schrecklich, aber
wahr! — „Ewige Grundlagen“ der „Civilisation“! Welches sind
diese wohl? — Daß Jeder das Gesamttheil gleich seinem eigenen
Bwohl im Auge haben solle? Dieser Grundsatz ist noch nie
Maxime der herrschenden Regionen gewesen — von dem mythischen
Urräuber Cain, der seinen Bruder Abel erschlug, bis auf un-
sere Börsenschwindler, Blutundeisenpolitiker und Laissez-faire-
Männer. — Der Allgemeine Volkswohlstand? Er hat noch nicht
existirt. — Die allgemeine Volksbildung? Sie ist bis dato noch
verpönt? Was für „ewige Grundlagen“ hat also Cure „Civi-
lisation“, ihr Herren, daß wir sie Euch nehmen könnten? Wir
Sozialisten finden keine, und deswegen wollen wir eben neue
„Grundlagen der Civilisation“ errichten, hoffend, daß diese „ewig“
sein werden — „ewig“ freilich nicht in dem Sinne, daß sie un-
antastbar sein sollen, sondern „ewig“ in dem Sinne, daß sie
der Entwicklung fähig sind. — Das ist der Unterschied zwischen
der Weltanschauung des Verf. und der unsrigen: Er glaubt, die
„Grundlagen der Civilisation“ seien „ewig“, d. h. unantastbar,
und wir sagen, ihre „Ewigkeit“ liegt in der Entwicklungsfähigkeit
und nicht in der „Stabilität.“ Aus dieser Differenz
erklärt sich das Geschrei über den „Untergang der Civilisation“,
falls der Sozialismus siegen sollte. Das Wort „Civilisation“
einen Augenblick zugestanden, handelt es sich aber für uns gar
nicht um die „Vernichtung“ der Errungenschaften der Neuzeit,
sondern nur um eine Transfiguration derselben: das „Eigenthum“
u. s. w. bleibt, es bekommt nur eine andere Form. Diese Form-
veränderung, welche Leben bedeutet, wird von unsern Gegnern als
„Vernichtung der Civilisation“ verschrien, obgleich die wahre
„Civilisation“, wie wir oben zeigten, ganz andere „Grundlagen“
haben muß als die gegenwärtige, welche gar kein Recht hat,
sich mit „Civilisation“ zu identifiziren. Was die wahre „Civi-
lisation“ anbelangt, so stehen ihre „Grundlagen“ allerdings
über dem allgemeinen Stimmrecht; und darum sind beispielsweise
allgemeiner Volkswohlstand, allgemeine Volksbildung „Dinge, über
welche selbst der größten Mehrheit und der höchst stehenden Per-
sönlichkeit keine Gewalt zusetzt.“ Der heutigen Gesellschaft fehlt
aber diese „naturrechtliche Grundlage“ und deshalb darf ihr der
Sozialismus dieselbe aufstrotzen, und zwar auch ohne das
allgemeine Stimmrecht darüber zu Rathe zu ziehen. Das all-
gemeine Stimmrecht tritt in volle Anwendung erst nach Untro-
nung des Sozialismus, und nicht vorher, eben weil (wie der Verf.
ganz richtig, nur mit falscher Anwendung, sagt) „es Dinge giebt,
über die selbst der größten Mehrheit und der höchst stehenden Per-
sönlichkeit keine Gewalt zusetzt; dazu gehören die naturrecht-
lichen Grundlagen der Gesellschaft“ (den Nachsatz des Ver-
fassers: „also auch (?) das Privateigenthum, ferner die großen
Grundsätze des Rechts und der Moral“ haben wir oben bereits
in sein Nichts verwiesen). Mit anderen Worten: die „naturrecht-
lichen Grundlagen der Gesellschaft“ sind von einer „Mehrheit“
bisher nicht anerkannt worden — Beweis: die „95-Prozent“ —;
ergo müssen diese „Grundlagen“, zu deren Beseitigung „selbst der
größten Mehrheit und der höchst stehenden Persönlichkeit keine Ge-
walt zusetzt“, der Gesellschaft eventuell auch ohne die „Abstim-
mung“ dieser „Mehrheit und der höchst stehenden Persönlichkeiten“
aufstrotzt werden.

Zu solchen Schlüssen müßte unfehlbar der Verf. kommen, wenn
er den Muth hätte, sich seine eigenen Aeußerungen logisch zurecht-
zulegen. Wir Sozialisten treiben aber in Wirklichkeit die Konse-
quenzen nicht einmal so weit, als sie in Vorstehendem theoretisch
entwikkelt sind. An eine „Aufstrotzung“ denken wir bis jetzt
nicht, sondern wir hoffen noch, „die Mehrheit“ für uns zu ge-
winnen. Wir haben die vorstehenden Erörterungen nur zu dem
Zweck gemacht, um zu zeigen, daß der Verf. selber die sozialistische
Revolution unter Umständen für berechtigt halten muß.

Natürlich ist diese Zumuthung eine verzeigliche; die Vorurtheile
des Verf. erreichen mitunter eine unglaubliche Höhe. „Ein Staat,
der dem allgemeinen Stimmrecht die souveraine Gewalt einräumt,
wird niemals ein Staat der Freiheit sein.“ (Der Verf. glaubt
wahrscheinlich, wir hätten die Absicht, auch darüber „abstimmen“
zu lassen, ob allgemeiner Unterricht ertheilt werden soll oder nicht.)
„Es ist eine leere Phrase (!), zu sagen, daß ein solches Volk sich
selbst regiere. Kein Despotismus ist drückender als der der Majori-
rität.“ (Der Verf. meint also, daß der Einzelwille eines
Monarchen milder sei, als die Beschlüsse einer Majorität!)
„Der sozialistische Staat ist daher (!) der wahre Zwangsstaat (!).“
Der Einzelne ist der Sklave der Mehrheit; seine Fähigkeiten, sein
Leben gehören nur (!) dem Staate.“ So viel Worte — so viel
Vorurtheile. Was speziell den letzten Satz betrifft, so harmonirt
er mit dem anderweiten Ausspruch des Verfassers: „Wehe dem
Faulen, aber auch wehe dem Talent (im sozialistischen Staat!)“ —
Dies kommt daher, weil der Verf. von dem Vorurtheil besungen
ist, im sozialistischen Staat müßte die Freiheit der Berufswahl
beschränkt, das Talent also an seiner Entfaltung behindert werden
— ein Glaube, der durch nichts begründet ist. Und was den
„Zwangsstaat“ betrifft, so gehört schon eine ganz bedeutende Dosis
von Heuchelei dazu, den sozialistischen Staat einen „Zwangsstaat“
im Gegensatz zum heutigen Staat zu nennen, welcher es in das
Belieben eines einzelnen Beamten — wie des Staatsamwalts —
setzt, Menschen in beliebiger Zahl grundlosen Verdachts halber
monate- und jahrelang im Untersuchungszwangsraum zu halten (bei
schmalen Kost und Dunkelheit, bei schlechter Luft und im eigenen
Koth), ihre Familien in Trauer und Elend zu versetzen und ihren
Nahrungserwerb total zu ruiniren; — einem Staat, der den Armen,

welcher die Steuern nicht erschwingen kann, noch das Letzte gewaltsam erpreßt; — einem Staat, der es der Laune eines Einzigen anheimgibt, Hunderttausende durch „Krieg“ hinschlachten zu lassen! Ein solcher Staat ist nach des Verfassers Ansicht kein „Zwangsstaat“, und zwar deshalb nicht, weil statt der vermaledeiten „Majorität“ ein Einzelner über Tod und Leben, Wohl und Wehe von Millionen gebietet. „Der Einzelne ist der Herr der Mehrheit“ sagt oben der Verf.; und heute? Heute ist umgekehrt die Mehrheit Sklave des Einzelnen — voilà tout oder das ist der ganze Unterschied, wahrlich bedeutende Unterschied, vorausgesetzt selbst, daß im sozialistischen Staate die „Mehrheit“ über die Minderheit so viel Zwangsgewalt hätte, wie heute ein Einzelner über Alle — was im Wesen des Sozialismus durchaus nicht begründet liegt.

Der Verf. argumentiert ins Blaue hinein, ohne sich an die einfachsten Gesetze der Logik, die ein bestimmtes Verhältnis von „Schluß“ zu „Voraussetzung“ gebieten, zu kümmern. Selbst ein gewisses Maß von Zwang im sozialistischen Staate zugegeben, darf man diesen doch nur dann einen „Zwangsstaat“ schelten, wenn jenes Maß von Zwang im heutigen Staate nicht existierte, beziehentlich es denkbar wäre, daß ein Staat ohne alle und jeden Zwangsgewalt existieren könnte! Der Verf. thut aber so, als ob er das Recht jedweder Zwangsgewalt negierte und experimentirt mit seinem Vorurtheil sogar gegen die „Zwangsgewalt“ — der Logik.

Wir werden noch erbauliche Beispiele im folgenden (Schluß-) Artikel davon sehen.

Politische Uebersicht.

Invaliden. Am 30. des vorigen Monats fand in Frankfurt am Main eine „Märzfeier“ statt, mit obligaten Festreden. Die eine derselben hielt Herr Carl Mayer, einst „Führer“ der Süddeutschen Volkspartei, und verherrlichte darin die Bewegung von 1848, moogen wir nicht viel einzunehmen gehabt hätten, wäre die Verherrlichung der Bewegung nicht schließlich auf Verherrlichung der 1848er Worthelden innerhalb und außerhalb der Paulskirche hinausgelaufen — eine Verherrlichung, die, abgesehen von der historischen Wahrheit, auch geradezu unanständig war, sintermalen Hr. Carl Mayer höchst selbst zu jenen Helden gehörte. Es fällt uns nicht ein, die Parolenschwäger von Frankfurt, Wien, Berlin für das sogenannte „Mißlingen“ der 1848er Bewegung verantwortlich zu machen; denn erstens ist jene Bewegung ihrem wesentlichen Inhalt nach gar nicht „mißlungen“, sintermalen die deutsche Bourgeoisie Alles erreicht hat, was sie damals erstrebte; und zweitens sind jene Mundhelden — was wir ihnen gerne bezeugen wollen — in jeder Beziehung am Gang der Dinge so unschuldig gewesen, wie neugeborene Kinder. Von welchem Stoff diese Leute waren, das erhellt z. B. recht drastisch aus den Reden von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten „Erinnerungen“ Temme's. Wir lesen da:

„Der 10. November 1848 war der schwerste Tag meines Lebens. Ich hatte Manches vorher erlebt; mir sollten noch schwerere Ereignisse bevorstehen, ich sollte verfolgt werden, wie Wenige meiner Zeit-, Gesinnungs- und Kampfgenosse verfolgt und mißhandelt wurden. So bittere und schmerzvolle Stunden, wie jener 10. November, hat bis heute, bis in mein fünfundsiebzigstes Lebensjahr, mir kein Tag gebracht. Der Himmel wird ja wohl keine so schrecklichen Stunden für mich aufsparen haben.“

Die Nationalversammlung war in ihrem Sitzungsort, im Schauspielhaus. Die Berliner Bürgerwehr hatte sich uns zur unbedingten Verfügung gestellt. Die gesamte Bürgerwehr umgab das Schauspielhaus, bedeckte den Sendarmenmarkt, hielt dessen Zugänge besetzt. Tausende bewaffneter Arbeiter, darunter an 5000 bis 6000 jener muthigen und kräftigen Maschinenarbeiter, hatten der Bürgerwehr sich angeschlossen. Es war Nachmittag. Jeden Augenblick wurde der Einmarsch Wrangels erwartet, durch das Brandenburger Thor, die Linden entlang, zum Sendarmenmarkt, zum Schauspielhaus, um uns daraus zu vertreiben.

Zweihundert und fünfzig bis sechzig Mitglieder der Nationalversammlung befanden sich in der Sitzung. Es wurde darüber verhandelt, ob man der sich androhenden Gewalt weichen oder es auf einen Kampf solle ankommen lassen. Die Verhandlung fand eigentlich nur statt zwischen den Fraktionen der Linken, von der Rechten war Niemand da. Die äußerste Linke hatte einen Ausschuß von fünf ihrer Mitglieder bestellt, der in dringlichen Momenten zusammentreten, rasch beraten und beschließen sollte und dessen Beschlüssen die ganze Fraktion, Mann für Mann, Folge zu leisten sich verpflichtet hatte. Ich gehörte zu dem Ausschusse.

Während der Verhandlungen trat ein Bureaudiener in den Saal, zu den Plätzen der äußersten Linken und meldete, der Major Rimpler sei draußen und habe eine dringende Mitteilung zu machen.

Der Major Rimpler war damals der Commandant der Berliner Bürgerwehr.

Der Ausschuß der äußersten Linken begab sich sofort hinaus zu dem Major Rimpler.

Wir führten den Herrn Rimpler in das Cabinet des Präsidenten der Nationalversammlung.

Er theilte uns dort mit, die gesammte Bürgerwehr sei noch immer entschlossen, die Nationalversammlung zu vertheidigen, wolle den Kampf mit den Truppen Wrangels aufnehmen. Er sei vorher abgegangen, den Willen der Versammlung darüber zu vernehmen. Er bat nur noch um Eile, da Wrangel jeden Augenblick eintreten könne, und der Widerstand ihn schon am Thore empfangen müsse.

Wir fünf konnten dem Herrn Rimpler den Willen der Versammlung kund geben.

Die Versammlung war beschlußfähig im Saale; es waren 250 bis 260 Mitglieder da, wie ich sagte. Die äußerste Linke zählte 127 Mitglieder, hatte also die absolute Majorität; was sie beschloß, war der Beschluß des Hauses; sie hatte uns fünfzehn unbedingte Vollmacht erteilt.

Herr Rimpler ließ uns auf einige Minuten allein zu unserer Berathung.

Nur d'Estier und ich waren für den Kampf.

Ich übergehe hier die Debatte.

Die drei anderen Freunde hatten gewiß triftige, ehrenwerthe Gründe der Politik, der Ungewißheit des Ausganges, der Menschlichkeit, besonders im Hinblick auf den furchtbaren Kampf, der entzünden müsse.

Die Bürgerwehr war 30,000 Mann stark, 11—12,000 entschlossene bewaffnete Arbeiter standen ihr zur Seite. War der Straßenkampf einmal entbrannt, die Greise, die Weiber, die Kinder, die ihre Söhne, Väter, Brüder in dem Kampfe sahen, konnten nicht unthätig bleiben, mußten Weistand leisten; es ist das eine alte Erfahrung, Hunderte von Städten weisen sie auf in allen Ländern, aus alter, aus neuerer Zeit. — Wrangel rückte ein mit 15,000 Mann; er führte sechzig schwere Geschütze mit sich, mehr

als 30,000 Mann standen rund um Berlin, konnten spätestens in der Nacht folgen.

Aber welches Volk hat seine Freiheit und Selbstständigkeit ohne blutige Kämpfe erlangt? Die Freiheit der Völker wird nur durch Blut geküftet.

Die Lage war eine andere als in den letzten Tagen des Octobers. Damals wurde uns ein ohne alle Veranlassung provocirter Angriff zugemutet; heute handelte es sich um Vertheidigung gegen einen nicht minder frivol provocirten Angriff der Contrerevolution.

Rimpler ging mit dem Bescheide der Majorität.

Wir lehrten in den Saal zurück.

Aber d'Estier und ich mußten uns erst ausweinen.

Denn — die Revolution war vorüber.“

So weit Temme, einer der Hauptfactoren.

Da haben wir die Helden des Jahres 1848. Die Einen feig, wo die That, mit dem sichern Sieg, sich förmlich austrängt — die Anderen weinend ob dieser Feigheit, statt in ihr die doppelte Verpflichtung zur That zu erkennen! So waren sie!

Wägen die Todten ihre Todten begraben — uns gehen sie nichts an! —

„Die Punkte sind unverbrüchlich festzustellen: 1) reines Land- resp. Volkswirtschafts-, 2) directe progressive Einkommensteuer, und 3) Zugehörigkeit Deutsch-Oesterreich zum Deutschen Reich.“

„Bis zur Erfüllung dieses Majestätischen Zukunftsprogramms, das so formlos ist, um zur Kritik herauszufordern, „soll als eine Art Interimismus — Zwischenzustand — ein ehrlicher Constitutionalismus gelten, der nicht auf Compromissen basiert, sondern solche höchstens als in den Sachen liegend, nicht durch Personen und deren Einwirkung herbeigeführt, kenne. Die Volkspartei hätte einstweilen zu warten, und sich den Boden durch die Irthümer und Thorheiten der Gegner selbst schaffen zu lassen. Vieles sei bereits erfüllt worden“ u. s. w. Dies das Mayer'sche Gegenwartsprogramm. Der Phrasen entkleidet ist es die einfache Anerkennung des Status quo; — einen „ehrliehen Constitutionalismus“ wollen auch die Nationalliberalen, die Clerikalen, die Feudalen, wollen auch Stieber, Bismarck, Wagener, Noen; und daß Compromisse nicht „durch Personen und deren Einwirkung herbeigeführt werden“, sondern „in den Sachen liegen“, das ist ein Satz, der wohl von Niemand im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte bestritten werden wird, nicht einmal von dem alten Gerlach, ein Satz, der beiläufig den Eck- ja Grundstein des Nationalliberalismus bildet. Entschieden neu ist nur die Anschauung, daß es einen Constitutionalismus gebe, der nicht auf Compromissen beruhe, während bis jetzt von den Zunft- und sonstigen Positivisten einmüthig geglaubt wurde, der Constitutionalismus als solcher sei ein Compromiß — ein Compromiß zwischen Republikanismus und Monarchismus, zwischen Bürgerthum und den Ueberresten des Feudalismus.

Und merkwürdig: der Mann, der dieses unverständig-reactionäre Zeug aufsticht, gibt sich für einen Demokraten aus; noch merkwürdiger: er findet Leute, die es ihm glauben. Das ist ein der spezifisch deutschen Wunder. Wie schwer ist's doch oft, sich die Todten vom Hals zu schaffen! —

Dem „Erkenntniß“ in Sachen der Kopenhagener Sozialdemokraten zufolge ist die Beurtheilung deshalb erfolgt, weil die Durchführung der sozialdemokratischen Grundsätze nur durch Gewalt möglich sei, und folglich jeder Sozialdemokrat den gewaltsamen Sturz der bestehenden Verhältnisse, das heißt Hochverrath beabsichtigen müsse. Auch eines jener famosen „Erkenntnisse“, die man deswegen generis neutrius gemacht hat, um zu bekunden, daß sie mit Erkenntniß generis feminini nichts gemein haben. Es ist das die bekannte Logik der Schwachköpfe, die, weil unfähig, die Gewalt der Ideen zu begreifen, nur an die einzige Gewalt des Knüttels oder der Flinten. Freilich — solchen Hartjochbüdnen kann die Gewalt der Ideen nur durch das argumentum ad hominem der Knüttel und Flinten bewiesen werden. —

Bei Puchardt in Leipzig ist soeben von Exil Richter der erste umfangreiche Band eines Buches „Menschheit und Kapital“ erschienen, in dem wir Seite 160 wörtlich Folgendes lesen:

„Jene gerühmte und einst mit Recht behauptete Sittlichkeit unserer Nation hat harte Stöße empfangen; ebenso wie in England ist sie hier zum Theil zur Lüge geworden. Durchlöchert ist unser Familienleben, in den ärmeren Kreisen durch die Macht der Armut, in den reichen Kreisen durch die des Reichthums, durch den demoralisirenden Einfluß der Leppigkeit. Sollte man es meinen, daß in einer der bedeutenderen Städte Deutschlands, welche nicht wenig stolz ist auf ihre Respectabilität, sich bilden konnte ein Verein verheiratheter Männer, welche sich gegenseitig geradezu verpflichteten, mindestens eine Maitresse zu unterhalten? Und doch ist es so; wir könnten hierbei auf Namen und Beziehungen hinweisen, über welche man staunen würde. Oder sollte man in Deutschland es für möglich halten, daß in einem öffentlichen Blatt, welches in Jedermanns Hände gelangt, mit dünnen Worten von einem Herrn „ein hübsches Mädchen für Alles als Reisebegleiterin“ gesucht wird? Und doch kann sich Jedermann von dem Factum überzeugen, wenn er das „Leipziger Tageblatt“ aus der Zeit vom 1. October 1869 bis 1. Februar 1870 (die Nummer ist uns nicht mehr erinnerlich) durchsehen will. Dies ist in der That die Moral der Demi-monde. Hier zeigt sich in der That, wie Goethe sagt, das Paster bereits unverhüllt, und ist darum doch nicht schöner geworden!“

Die nahe Verbindung, in welche der (unseres Erachtens pseudo-nyyme) Verfasser die von ihm nicht namhaft gemachte „eine der bedeutenderen Städte Deutschlands“ mit dem „Leipziger Tageblatt“ setzt — machte uns ein Wenig stutzig. Wir forschten nach und erfuhren, daß unter „einer der bedeutenderen Städte“ keine andere als Leipzig, und unter jenem „Verein verheiratheter Männer“ kein anderer als der „Tugendbund“ gemeint sei. Auch habe derselbe (erfuhren wir) ehemals in seinen Sitzungen die Bestimmung gehabt, daß die statutarische Maitresse nur als Jungfer angeworben werden dürfe.

Und solche Schandthatenpassiren in einer Stadt, in welcher die Polizei fortwährend in demonstrativster Weise unsere Versammlungen und Vereine anläßt und verfolgt, unsere Redner auf die Anklagebank bringt, mißliebige Kritiker andweist — im Namen der

*) „Männlichen Geschlechts“ (das). **) „Weiblichen Geschlechts“ (die).

***) Handgreiflicher Beweis.

Ordnung, der Heiligkeit der Ehe, der Familie, der guten Sitten und des Eigenthums!

Einer Polizei — die so viel herumschnüffelt wie die Leipziger — sollte der „Tugendbund“ nicht bekannt sein? Glaube das wer will! Wir unferertheils können und nicht mit dem Gedanken befreundet, daß das hochgestellte Ehrenmitglied der Narrengesellschaft „Anfängerriege“ dem „Tugendbund“ die Augen auszubaden beabsichtigt hätte — auch wenn es um die Sache gewußt hätte.

Ein Zeugniß aus Hegners Mund. Ueber das Elend, welches unter den sächsischen Halbwoollenwebern existirt, entwirft der „Hamburger Korrespondent“ — eines der anständigsten und bestredigirten deutschen Bourgeoisblätter — folgende Schilderung: „Ich habe jetzt Gelegenheit gehabt, in diese Verhältnisse etwas tiefer hineinzublicken und muß Ihnen gestehen: Hier fällt einem das Herz vor die Füße, hier hört das Dasein auf, ein menschenwürdiges zu sein! Vor Allem ist es die Lage der Handwerker, die eines Jeden Mitleid herausfordert. Wie die Maschinenweberei die Pöhne brüdt, mögen Sie aus folgender Thatsache abnehmen: Für ein Stück Waare, 75 Ellen lang, 80 Schuß auf den Zoll — mithin eine dicke und solide Waare — an welchem Stücke ein Arbeiter eine volle Woche vom frühen Morgen bis in die späte Nacht zu arbeiten hat, setzt es einen Lohn von 2 Thlr. 20 Ngr. Von diesem Lohne gehen aber noch die Kosten für die Nebenarbeiten ab, so daß dem Arbeiter ein reiner Lohn von 1 Thlr. 20 Ngr. verbleibt; ein Wochenlohn, der dem Tagelohn eines Berliner Zimmerers entspricht und mit diesem Lohne, der vielleicht durch die Beihilfe der Familienglieder auf 2 Thlr. 16 Ngr. erhöht wird, soll eine Familie existiren. Daß unter solchen Verhältnissen die Auswanderung auch in unserer Gegend um sich greift, ist nicht zu verwundern; so haben am 26. März mehrere Familien — 33 Köpfe stark — die Stadt Berdau verlassen, um nach Brasilien zu gehen, und es sind mit ihnen an demselben Tage aus den benachbarten Städten Zwickau und Crimmitschau dort 100 und hier 80 Personen gezogen. Dem Vernehmen nach werden ihnen aus Berdau und Crimmitschau Mitte Mai noch gegen 400 Personen folgen. Die Familienhäupter sind lauter junge und kräftige Arbeiter im Alter bis zu 36 Jahren. Sie klagen sämmtlich, daß sie bei den lärglichen Lebensmitteln und der unmenfchen Theuerung aller Lebensbedürfnisse hier außer Stande seien, ihre Familien zu ernähren und rechtlich durchzukommen.“

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Die Parteigenossen Dorn und Reichelt in Weimar sind, wie schon gemeldet, wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu je zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Reichelt hat Ende Februar seine Haft angetreten, Dorn ersuchte um Aufschub, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegenstehe und sein Geschäft nothwendig leiten müsse, wenn er in Haft und seine Frau im Wochenbette sei. Das Ministerium hat dieses wohlgegründete Gesuch abgelehnt, und so hat Dorn am 3. April seine Haft antreten müssen. Dieselbe moderne „Ordnung“, die schon so oft im Namen des Eigenthums und der Familie gerettet worden, entblödet sich also nicht, den Gegner der bestehenden Gesellschaftsorganisation an Eigenthum und Familie aufs schwerste zu schädigen, wenn es sich um die Sühne einer beleidigten „Majestät“ handelt. Und das „von Rechtswegen“! —

Man sieht, daß diese Schilderung noch viel greller ist, als unsere Originalmittheilungen über das Elend der sächsischen Industriearbeiter. —

Noch Eins: Vor 3 Jahren — während des Kriegs — wurden wir von den Wiedermännern des „Landesvereins“ geziehen, weil wir gegen den Krieg und gegen die Annexion, gegen die Verjudung Napoleons aufs Himmelshöhe und gegen die Veredelung der französischen Nation protestierten. Unser „Landesverein“ beschränkte sich auf die Sympathien, die wir der Wahrheit und Gerechtigkeit schuldig zu sein glaubten. Nicht einen Brief haben wir während des ganzen langen Krieges aus Frankreich erhalten und ebensowenig einen dorthin geschrieben. — Hätten wir uns aber damals erlaubt, die französische Regierung zur „Unterstützung“ der deutschen Anti-Annexionspresse aufzufordern, wie 1866 Herr Wiedermann die preussische Regierung zur „Unterstützung und Kräftigung“ der sächsischen Annexionspresse ermutigt hatte, — wie viel Jahre Suchthaus hätten wir wohl damals nach Herrn Wiedermanns und Genossen Ansicht bekommen müssen?
H. A. W. G.

Gewerkschaftliches.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Schemnitz. Nachdem durch Uebereinstimmung der Mitgliedschaften mit dem Ausschuss die diesjährige Generalversammlung auf den ersten und zweiten Pfingstfesttag nach Dresden festgesetzt worden, fordern wir umso mehr zu einer recht zahlreichen Theilnahme auf, als die Punkte, welche diesmal auf der Tagesordnung stehen werden, von weitgehender Bedeutung sind, desgleichen auch die Lage der Metallarbeiter sich zu einer derartigen gestaltet, daß das Zusammengehen sämtlicher Theilnehmenden zu einer dringenden Nothwendigkeit geworden, wenn nicht dieselben in einigen Jahren in vollständige Sklaverei gerathen wollen.

Deffnet Eure Augen! sehet um Euch, wo ist der Nimbus, mit welchem Ihr Euch immer so gern umgibt? Wo ist Eure Selbstständigkeit? Wo Eure Freiheit?

Gewerkschaften! Tausende und aber Tausende zählt Ihr; Eurer Arbeit, Eurem Fleiße dankt die heutige Industrie größtentheils ihr Bestehen, und was habt Ihr dafür? Einen hochmüthig hingeworfenen Hungerlohn, welcher kaum ausreicht, Eure Kräfte zu erhalten, welche die Ausbeutung von Euch verlangt, und Wehe über Euch! wenn Ihr Euch unterwerfen solltet, um nicht eines langsame Hingertodes zu sterben, eine bessere Behandlung zu verlangen! Nicht genug, daß die Ausbeutung florirt, gründeten Eure Ausbeuter unter sich einen Bund, dessen Aufgabe es ist, den Arbeiter, welcher sich als Mensch fühlt, sogleich auf die Strafe zu werfen und bei Conventionalstrafe ihm keinen Verdienst mehr zu geben. Habt Ihr Euch noch nicht gefragt: Ist es möglich, daß in unserm civilisirten 19. Jahrhundert ein Verhängenbund bestehen kann, der selbst Frauen und unschuldige Kinder dem Elende preisgibt? Seht zurück auf die Weltgeschichte und eine solche nichtswürdige systematische Untergrabung aller Menschenrechte werdet Ihr nirgends finden!

Gewerkschaften! Nur ein Weg steht uns offen: das ist die Theilnahme aller an der internationalen Metallarbeiter-Gewerkschaft. Bietet hin auf die Buchdruckerbewegung, diese allein sollte Euch maßgebend sein, tausendweise beizutreten. In welcher traurigen Lage würden die Buchdruckergehilfen kommen, wenn sie nicht so gut organisiert wären; sie wären dem vollen Despotismus preisgegeben! Euch Allen sollte dies eine Beispiel zeigen, welchen hohen Werth eine solche Organisation besitzt; sonst würde man sie nicht mit dem Aufwande von Millionen bekämpfen.

Der Gründe sind noch so viele: Betrachtet Eure Arbeitshäuser, deren gesundheitsschädliche Räumlichkeiten, Eure Zwangskassen, die durch die Ausbeutung herbeigeführten Unglücksfälle, das herbeigeführte Elend der Familien!

Also vorwärts! Aufgewacht! Trete ein in den Riesenkampf der Arbeit gegen Kapital und Ausbeutung! Gerechtigkeit ist unsere Lösung. Unser ist der Sieg, sobald jeder von Euch die Sache zu der seinigen macht. Frisch an's Werk, gründet Mitgliedschaften wo noch keine sind, wo solche vorhanden, wirkt mit der Fackel des Lichts und der Aufführung, auf daß es Tag werde! Jeder Augenblick ist Verlust; sammelt Euch und sendet zahlreich Eure Delegirten nach Dresden, damit nach Verlauf der Generalversammlung unsere Organisation fest dasteht und eine lebendige, tüchtige Agitation ins Werk gesetzt wird. Wir fordern also die Mitgliedschaften auf, ungefähr ihre etwaigen Anträge an den Ausschuss, resp. an die Adresse G. Schubert, Lindenstr. 5, einzusenden. Da wir von Dresden noch keine bestimmte Nachricht haben, werden wir das Lokal später bekannt geben.
Für den Ausschuss: G. Schubert.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Circular Nr. 3 ist allen Bevollmächtigten zugesandt und von diesen in Empfang zu nehmen. Zugleich ersuchen wir die Mitgliedschaften zu Dresden, Eisenach, Köln, Berlin, Leipzig, Magdeburg, dringend um baldige Einwendung der fälligen Abrechnung pro 1. Quartal, damit der statistische Bericht für das nächste Circular rechtzeitig angefertigt werden kann. — Die an uns gerichtete Anfrage, ob Augsburg der Gewerkschaft beigetreten ist, müssen wir mit Nein beantworten; dieselbe Antwort leider auch in Bezug auf Mainz geben.

Unter Beifügung eingehender Motivirung haben wir die Control-Commission verständigt, warum wir es nicht für zweckmäßig gehalten, daß zu Pfingsten die Generalversammlung der Gewerkschaft stattfindet. Es wird die Versicherung genügen, daß wir im Einverständnis mit der Control-Commission die Generalversammlung zu geeigneter Zeit und an zweckentsprechendem Orte einberufen werden. Schließlich fordern wir noch alle Gewerkschaften und Parteigenossen auf, für die Ausbreitung der Gewerkschaft in solchen Orten, wo wir bislang noch keine Mitgliedschaften haben, ganz entschieden thätig zu sein. In den nächsten Tagen werden wir diesbezügliche Schriftstücke versenden, die nicht ad acta zu legen, sondern in entsprechender Weise zu verwenden wir recht sehr bitten.

Hamburg-Altona.
Der Ausschuss
der Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Altona, 18. April. Von folgenden Orten sind Gelder nebst Abrechnungen für das 1. Quartal 1873 eingegangen: Altona Schwei. 24. 5. —; Hannover 8. 3. 8.; Chemnitz 22. 5. 5.; Braunschweig 1. 21. —; Stade 43. 21. —; Osnabrück 9. 17. —; Erfurt 118. 5. —; Wolfenbüttel 4. 5. —; Gotha 13. 20. 6.

Indem ich die Bevollmächtigten, resp. Kassirer, welche bisher ihren Pflichten gegen die Hauptkasse noch nicht nachgekommen, auf § 5 der Geschäftsordnung aufmerksam mache.

Hermann Somann, Kassirer,
Adolphstraße 32.

Wien. Es diene den Holzarbeitern zur Kenntniß, daß alle jene, welche gesonnen sind, nach Wien zu reisen, sich direkt an die Centrale der Holzarbeiter in Wien, Maria Hilf, Stumpergasse,

Gasthaus zum Florian, wenden wollen, wo täglich die Arbeitsvermittlung geführt wird, sowie auch in der Alservorstadt, D'Orsaygasse, „Gasthaus zur ungarischen Krone“, in welcher letzterem Schlafställen zu haben sind. Wir machen die Holzarbeiter jedoch aufmerksam, daß in Rücksicht auf die jetzige große Ueberproduktion in unserm Fache und rücksichtlich des Standes der hohen Preise der Lebensmittel und der herrschenden Wohnungsnoth, der Durchschnittsverdienst in keiner Weise günstig ist.

Im Namen des Ausschusses der Gewerkschaft
der Holzarbeiter Wiens.
D. Domaschko,
Schriftführer der Arbeitsvermittlungs-Sektion.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Hamburg, 18. April. Wir bringen hiermit allen deutschen Berufscollegen zur Kenntniß, daß, nachdem sich die Meister weigerten, die von uns gestellten Forderungen zu bewilligen, die Arbeit am Samstag den 19. April eingestellt wird. Wir richten daher an alle deutschen Collegen die Bitte, den Zuzug von hier abzuhalten.
Mit collegialischem Gruß
G. Todenhagen.

NB. Allen Vertrauensmännern die Anzeige, daß meine Adresse jetzt „Neuer Wall Nr. 17“ ist.
W. Fladsbarth, Vertrauensmann.

Correspondenzen.

Leipzig, 10. April. Zum Prozeß Müller-Seiffert (S. 28 u. 30) ist ergänzend zu bemerken, daß das Oberappellationsgericht Seiffert freigesprochen hat, falls er schwören könnte, daß er weder Verfasser noch Einfender des den Polizeidirektor betreffenden Artikels ist. Diesen Eid kann und wird Seiffert leisten. Die erste Instanz war — wie dies beim Gerichtsamt leider so auffallend häufig vorkommt — über ihre Kompetenzen hinausgegangen und hatte verlangt, Seiffert solle schwören, daß er von dem Artikel vor Abbruch desselben keine Kenntniß gehabt habe. Diese Forderung ist vom Oberappellationsgericht für nichtig erklärt worden.

Leipzig, 10. April. (Zum Buchdruckerstreik. Anstand und Wahrheitsliebe der Bourgeoisie.) Im „Correspondent“ finden wir nachstehende Notiz: „Die Redaktion des „Leipziger Tageblatt“ lehnte folgendes Inserat, das gegen Bezahlung eingefandt wurde, ab und lieferte dadurch einen eklatanten Beweis seiner Unparteilichkeit: „Telegramm. Wien, 4. April. Prinzipalversammlung hat den vereinbarten Tarif angenommen und tritt derselbe am Montag in Kraft. Mindestens 100 Seiger sofort gebraucht.“ — Wenn die „Mehreren Verehrer“ der „Schönen Frau im Kupfergäßchen Nr. 2“ wieder eine Annonce einschickten, würde sie nicht beanstandet werden. Aber die Leipziger Schriftsetzer dürfen durch das „Amtsblatt“ nicht erfahren, wie es um ihre Sache steht.

Merano, 12. April. In der heutigen Volksversammlung stand auf der Tagesordnung: 1) Protesterhebung gegen das Vorgehen des deutschen Reichstags resp. des sächsischen Justizministeriums gegenüber unserem Reichstagsabgeordneten Aug. Bebel. 2) Gründung einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei. In das Bureau wurden Karl Binder als erster, Aug. Söllner als zweiter Vorsitzender gewählt. Der Vors. meinte, wir seien heute nicht besser daran, als vor der Wahl, welche das Urtheil des Leipziger Schöffengerichts kassirte, da der Reichstag und das sächsische Justizministerium es für gut hielten, unsern Abgeordneten auch während der Reichstagsession gefangen zu halten.

Referent Motteler führte aus, daß wir durch einen Protest unsern Abgeordneten freilich nicht frei bekämen, daß aber durch diesen Protest Klarheit in die Massen zu bringen sei, da die gegenwärtige Presse sich bemüht habe, die Reden der Abgeordneten Schrap und Sonnemann zu dem Antrag auf Freilassung Bebel's nur verstümmelt wiederzugeben, wozu er den stenographischen Bericht über die betreffende Reichstagsitzung vorlas. Die Majorität des Reichstags hätte unbedingt das gegen Bebel angewendete Strafverfahren berücksichtigen und ihn frei fordern sollen. Indem die Majorität dies nicht that, hat sie frei erklärt, daß sie die wahren Volksinteressen nicht vertritt. Das Gleiche hat die national-liberale Partei von sich bewiesen, welche nie in dem Sinne handelt, wie sie spricht. Es wird schon noch die Zeit kommen, wo diese Herren unsere Principien anhören müssen, ohne unruhig zu werden, wie sie es bei der Rede des Abg. Schrap's thaten, während sie die Bemerkungen des blauen Republikaners Sonnemann über Bebel ganz in der Ruhe hinnahmen.

Nachdem das Urtheil gegen Bebel's an das sächsische Justizministerium aus dem „Volkstaat“ verlesen war, wurde der bekannte Protest in einer veränderten Form einstimmig angenommen. Der überwachende Beamte legte sehr viel Gewicht darauf, den Satz: „Reichen jämmerlicher Ohnmacht“ in „namenloser Ohnmacht“ umzuwandeln, sowie im zweiten Punkt „Mißachtung“ wegzulassen.

Die Gründung einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei konnte wegen vorgeschrittener Zeit nicht mehr vorgenommen werden. Dieselbe wird in kürzester Frist in's Werk gesetzt werden.

Reichenbach i. F. Die gestrige Besprechung in Penzelsfeld, von über 100 Vertretern aus 17 Orten des 22. Wahlkreises besucht, war vom besten Geiste befeuert und einigte sich dahin, mehrere Monate fortan durch regen Verkehr und in möglichst allen Orten abzuhalten den Versammlungen die Agitation zu betreiben, um überall Leute zu gewinnen, welche die Nothwendigkeit einer wirklichen Vertretung der Arbeiter im Reichstag durch Sozialdemokraten immer erkennen und demgemäß handeln. Ein Polizeimann suchte die Versammlung für „unstatthaft“ zu erklären, was wir unter Hinweis auf die von uns richtig erfüllten Formalitäten ablehnten. So konnten wir ruhig tagen, bis es uns gefiel, zu schließen.

Sainichen, 11. April. Gestern fand hier wieder eine gut besuchte Volksversammlung statt. Lyser sprach über die Gewerkschaften und den Buchdruckerstreik und fand seine Ausführungen großen Beifall. Es ließen sich wieder viele Arbeiter in die sozialdemokratische Partei ansprechen und fand außerdem eine Sammlung zu Gunsten der Inhaftirten statt.

Bremerhaven, 18. April. Unsern auswärtigen Collegen zur gefälligen Notiz, daß die Tischler in Bremerhaven und Umgegend zum Streik gezwungen sind und warnen wir vor Zuzug.

Im Auftrage W. Tank.
Hamburg, 14. April. Kaum hat sich der allgemeine deutsche Schiffszimmereiverein constituirt, so sind auch schon die Verfolgungen gegen denselben in vollem Gange, ein Beweis, daß mit der Gründung desselben der wilde Hiel unserer Gegner getroffen ist. So werden z. B. die Mitglieder der norddeutschen Werft in Gaarden bei Kiel, welche wegen verweigerter geringer Lohnerhöhung zum Niederlegen der Arbeit gezwungen wurden, überall hin stredbrüchlich verfolgt, damit ihnen nirgends ein Arbeitslohl eröffnet wird; ja, die Leute sollen, wie der Director der I. Werft sagte, „erst aus-

gehungert werden“, und auf ihr Anhalten um mehr Lohn erhielten sie von demselben zur Antwort: „sie bekämen keinen Groschen mehr!“ (Angeichts der fünf Milliarden doch auch ein netter Trost!)

Mehrere von den Streikenden gingen nach Elshorn; nach dort hin war bereits die Proscriptionsliste gefendet, aber sie erhielten dennoch Arbeit. Ein nicht zum Verein gehörender Zimmerer ist nach Wilhelmshaven, nach Vegesack und nach Bremerhaven gewesen, um Arbeit zu suchen; an allen Orten wurde ihm, nachdem er seinen Freundzettel producirt, der Bescheid: es gäbe Arbeit genug, aber von diesen Leuten werde keiner beschäftigt. Aus diesen Thatsachen spricht wohl deutlich genug die Nothwendigkeit, daß sich die Arbeiter zunächst unserer Corporation auf das Innigste verbinden müssen, und Pflicht jedes deutschen Schiffszimmereivereins ist es, in seinem eigenen Interesse, sich diesem Verein anzuschließen, wie auch der Verein, seinen Statuten gemäß, die Verpflichtung übernommen hat, seine Mitglieder gegen Maßregelungen zu schützen.

Wünschenswerth wäre es, da unser Verein noch sehr jung ist, daß sich die bereits besser situirten Mitglieder zu einer freiwilligen Extrounterstützung bereit finden ließen, denn was wir für unsere bedrängten Mitglieder zur Durchführung ihrer gerechten Sache thun, das kommt durch unsere Vereinigung früher oder später uns Allen wieder zu Nutzen. Diese Zeilen werden genügen, um Zuzug nach Gaarden und Kiel fernzuhalten und alle unsere Collegen zu kräftiger Unterstützung anzuspornen.

Der Ausschuss des allgemeinen deutschen Schiffszimmereivereins.
Hamburg, 16. April. Sämtlichen Collegen Deutschlands zur Nachricht, daß wir Schuhmachergehilfen von Hamburg, St. Pauli, Altona, Ottensen und Bandsied eine Lohnerhöhung von unsern Arbeitgebern fordern. Sollte diese uns bis zum 21. d. M. nicht bewilligt werden, so sehen wir uns genöthigt, noch an demselben Tage die Arbeit einzustellen, und ersuchen daher alle Collegen, den Zuzug fern zu halten. Das Comite.

Scharnebeck bei Bremen, 6. April. In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung referirte Scheil aus Bremerhaven über die indirekten Steuern und die projectirte Tabaksteuer. Er schilderte in ausführlicher Weise die Verwerflichkeit aller indirekten Steuern und wie der Staat zu der Einführung dieser Steuer sich genöthigt gesehen. Redner erläuterte sodann, wozu der Staat so viele Steuern gebrauche, wobei er die ungeheuren stehenden Heere und den bürokratischen Apparat, sowie die Civilisten erwähnte. Bezüglich der projectirten Tabaksteuer erklärte Redner, wie gerade diese Steuererhöhung dazu angethan sei, die Schuld der Arbeiter auf die höchste Probe zu stellen, indem dieselbe das dem Arbeiter einzig und allein übrigbleibende Gehaltsmittel auf das Unerhörteste vertheuere. Hierauf ergriff Unterzeichneter das Wort und wies durch Zahlen nach, wie die Tabaksteuer und die projectirte Erhöhung derselben den Arbeiter viel härter treffe als den Kapitalisten, indem die feinen Qualitäten ja nicht höher versteuert würden als die ordinären. Namentlich die Tabakarbeiter wird diese Steuererhöhung sehr stark schädigen. Er erinnert an die Steueränderungen in den letzten Jahren und fordert zur Wiedergründung einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf. Günther aus Vegesack schloß in ausführlichen Worten die Möglichkeit einer einzigen progressiven Einkommensteuer. Hr. Fischer wirft einen Rückblick auf 1848 und meint, daß die soziale Revolution erst noch kommen werde. Schließlich empfahl Scheil den von Frischie verfaßten Protest gegen die Tabaksteuer und forderte zur Einzeichnung in die ausgelegten Listen auf. Es zeichneten sich auch verschiedene als Mitglieder ein. Bei der Wahl des provisorischen Vorstandes wurde Unterzeichneter als Vertrauensmann gewählt.

W. G. Schwefke.

München, 13. April. Laut Beschluß des Arbeitertages vom 17. November 1872 gründeten wir im Vereine mit Augsburg, Regensburg und Landshut ein Agitations-Comite zu dem Zwecke, in Süddeutschland, resp. in Bayern, eine gereizte Agitation zu schaffen. Ich fordere daher im Interesse der Partei die obgenannten, sowie auch weitere Orte auf, vorzüglich Landshut, welchem der Vorort übertragen wurde, sich zu erklären, in welcher Weise sie die Agitation in die Hand zu nehmen gedenken und ob Landshut gesonnen ist, für weiteres den Vorort zu behalten, sowie die geschäftlichen Angelegenheiten pünktlich besorgen. Parteigenossen! Wie Ihr wißt, gehen in nicht allzuferner Zeit die Wahlen zum Deutschen Reichstag vor sich und ist somit eine in einander greifende Agitation nothwendig. Also thut Eure Pflicht.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Grafmann.

München, 16. April. Der Ausbruch des Schuhmacherstreiks in hiesiger Stadt ist im „Volkstaat“ durch Versehen nicht veröffentlicht worden. Die Forderungen der Gehilfen von 30 Prozent Lohnerhöhung und Einführung der zwölfwöchigen Arbeitszeit scheiterte nämlich an der Halsstarrigkeit der Meister. Deshalb wurde in einer allgemeinen Schuhmacherverammlung am 22. März der Streik erklärt, bis dato in tactvollster Haltung fortgesetzt; und ist bei dem guten Verlauf der Sache der Sieg jetzt schon unser zu nennen. Bis heute haben bereits ca. 91 Meister den von uns aufgestellten Lohntarif genehmigt, welche über 250 Gehilfen beschäftigen; 140—150 sind abgereist. Somit fällt uns gegenwärtig der geringste Theil der Gehilfen zur Unterstützung anheim. Aber unsere Kasse ist fast gänzlich erschöpft, da wir von Anfang an viele Reise- und Streik-Unterstützungen zu leisten hatten.

Wir richten daher an Euch, Collegen allerorts, die dringende Bitte, uns noch ferner nach besten Kräften zu unterstützen, sowie den Zuzug möglichst fern zu halten und zwar noch länger als der Streik dauert.

Collegen! Unsere Gegner von ganz Süddeutschland richten ihr ganzes Augenmerk auf den Verlauf unseres Streiks; bei einem schlimmen Ende wäre unsere Bewegung auf lange Zeit gelähmt. Darum, Collegen, thut Euer Möglichstes; werden wir genügend unterstützt, so können wir in drei Wochen gesetzt haben, die Behältnisse sind günstig. Auch wir werden stets für Eure Interessen einstehen. Darum schnelle Hilfe.

Im Auftrage des Streik-Comites: Euch. Ehloni, Vors.
München. In voriger Nummer haben wir gesehen, wie die Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die jetzt wieder in Generalcongressen „machen“ wollen, nicht bloß hier in München, sondern auch in Augsburg, Köln und Mainz abgetrunpft worden sind. Und so muß es diesen Leuten überall ergehen. Offenbar ist es auf einen systematischen Feldzug gegen und abgehen: die Gewerkschaften sollen als Keil benutzt werden, um unsere Organisation zu sprengen. Anfangs ist man das dünne Ende des Keils mit brüderlichen Einheits- und Versöhnungsphrasen, und glaubt man ihn tief genug eingetrieben zu haben, so

läßt man die Maske fallen, stempelt uns zu „volksparteilichen“ und sonstigen Verräthern, und benützt die mit unserer Hilfe gegründeten oder ausgebreiteten Gewerkschaften als Waffen gegen uns. Die Geschichte der Berliner Kongresse und der mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Verbindung stehenden Gewerkschaften giebt eine fortlaufende Reihe von Beweisen hierfür; Dr. Grottkau selbst hat gleich seinem Freund Kapell schon zahlreiche Proben von Hassmännlichem Fanatismus abgelegt. Also Parteigenossen, seid auf der Hut! Behandelt jeden Agitator einer mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Verbindung stehenden Gewerkschaft gleich den Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins so lange als Feind, bis er in den unabweislichsten Ausdrücken seine Mißbilligung des hegerischen Treibens der jetzigen Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins erklärt und öffentlich sein Wort verpfändet hat, mit aller Kraft auf Entfernung der betreffenden Persönlichkeiten und auf Einigung der deutschen Sozialdemokratie hinzuwirken.

Heidelberg, 5. April. Der hiesige Herr Amtmann macht sehr viel in „Auflösung“ — von Versammlungen nämlich. Kürzlich rückte er mit sechs Polizeidienern an und löste eine Versammlung auf, wo das Gebahren der Polizei kritisiert wurde, indem er mit amtlichem Pathos ausrief: „Ich dulde keine Kritik über mich!“ In einer zweiten Versammlung wurde sein Verfahren in einer Resolution als durchaus willkürlich gekennzeichnet. „Das „willkürlich“ dulde ich nicht“, rief er; „nehmen Sie „ungefährlich“, sonst löse ich auf!“ Also „ungefährlich“ nach eigenem Gefändniß! Die Sache erhielt dadurch eine heitere Wendung, daß ein Redner ausrief: „Ein Staat, der keine Kritik ertragen kann, ist auch keine Kritik werth.“ Damit schien auch der auflösende Herr Amtmann einverstanden zu sein.

Lörrach, 5. April. Die social-demokratische Arbeiterpartei macht hier erfreuliche Fortschritte. Die Agitation fällt auf fruchtbaren Boden, und zählt unsere Mitgliedschaft, die vor ungefähr drei Monaten erst gegründet wurde, nahe an 100 regelmäßig steuernde Mitglieder, die mit regem Eifer für die Prinzipien der Sozialdemokratie thätig sind, daß es einem alten Parteigenossen wirklich Freude macht.

Am 9. März hielten wir eine zahlreich besuchte Arbeiter-Versammlung ab, in welcher ein Parteigenosse aus Basel unter großem Beifall über „die Ausbeutung des Proletariats durch das Capital“ referirte.

Zahlreiche Einzelnungen in die Mitgliedschaft fanden an diesem Abend statt.

Am 18. März feierten wir mit Basler Parteigenossen gemeinschaftlich die Märtyrer des Volkes durch Volksgefängnis und Vorträge in einem Schweizer Dorfe. Auch durch diese Feier wurde unsere Mitgliedschaft gefestigt, überhaupt wird es hier immer heller in den Köpfen, die Herzen und die Geister glühen, und mit Sehnsucht erwarten wir agitatorische Unterstützung, um in öffentlicher Volksversammlung unseren Prinzipien in weiteren Kreisen Anhänger zu verschaffen. Parteigenossen allerorts, agitirt unermüdet für die Ausbreitung unserer Ideen und für die Ausbreitung und Festigung unserer Organisation. Täglich, stündlich muß jeder Parteigenosse bestrebt sein, neue Mitglieder zu werben, dem Parteiorgan neue Abonnenten zu gewinnen, damit die sozialdemokratische Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen Achtung gebietende Erfolge erlänkt.

Mannheim, 31. März. Heute vor acht Tagen hatten wir eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften einberufen, um Gewerkschaftsangelegenheiten zu beraten. Die Herren vom Allg. deutschen Arbeiterverein, die seither Alles aufgebieten, um die von uns gegründeten Gewerkschaften zu sprengen, glaubten, der Augenblick sei jetzt auf einmal da, wo sie unsere seit einem halben Jahre mit großen Kosten und vieler Mühe gemachten Fortschritte mit einem Schlage vernichten könnten. Sie telegraphirten sofort nach Frankfurt und Darmstadt, und Prinz und Frohne erschienen. Es waren nun alle möglichen Vorlesungen von jener Seite getroffen, um einen „glänzenden Sieg“ zu feiern, und siegesgeziigt marschirte pünktlich das zu wählende Bureau, mit großer Glorrie und Schreibmaterial versehen, im Saal vorn auf. Aber welche Enttäuschung; die Herren hatten sich arg verrechnet, denn sie wurden mit Glanz abgewiesen und mußten den Saal verlassen, ohne die große Glorrie zu haben. Es wird den Leuten doch nun endlich klar geworden sein, daß hier in Mannheim, nachdem die thätigeren ihrer Mitglieder ohnedies schon ausgetreten, mit Schimpfen und Versammlungsprengen nichts mehr zu machen ist.

Mannheim, im März. Unter'm 24. d. Mts. hielten die vereinigten Gewerkschaften hiesiger Stadt öffentliche Versammlung ab, auf deren Tagesordnung die Verabredung der Central-Gewerkschafts-Union-Statuten und der Buchdrucker-Conflict stand. Nach gründlicher Diskussion bezüglich des Statuts wurde beschlossen, daß die definitive Annahme desselben von dem am 30. d. Mts. abzuhaltenden Gewerkschaftstage erfolgen soll. In Betreff der Maßregelung der Buchdruckergehülfen Seitens der vereinigten Buchdrucker-Prinzipale wurde nach beendeter Debatte einstimmig nachstehende Resolution angenommen: „Die heute stattgefundene Arbeiterversammlung erklärt, daß die Aussperrung der Buchdruckergehülfen Seitens der koalirten Prinzipale ein Verbrechen ist, sowie daß die Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch das Kapital eine einseitliche ist und die Niederlage der Buchdruckergehülfen eine solche für sämtliche Arbeiter wäre; sie beschließt deshalb, die Sache der ausgesperrten Buchdruckergehülfen als die ihrige zu betrachten und verpflichtet sich, mit allen moralischen und materiellen Mitteln dieselben zu unterstützen.“

Für die gemastregelten Buchdruckergehülfen wurden in Mannheim bis jetzt folgende Gelder gesammelt: Ertrag einer am 24. März durch die vereinigten Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung 13. fl. 38 Kr.; von der Mannheimer Maschinenfabrik 2 fl. 24 Kr.; von der Gewerkschaft der Tapetendrucker 9 fl. 21 Kr.; von der Gewerkschaft der Schmiede 3 fl. 40 Kr.; von der Gewerkschaft der Metallarbeiter 4 fl. 30 Kr.; von der Gewerkschaft der Cigarrenmacher 2 fl. 24 Kr. Summa 35 fl. 57 Kr., oder 20 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf.

Mainz, 2. Juni d. J., verbunden mit einer vom großherzogl. heßischen Ministerium genehmigten Verloosung im Gesamtwerthe von 3000 Gulden. Preis des Einzellooses 30 fr. — Diese Ausstellung besteht aus von Arbeitern und Kleinmeistern selbst gefertigten Gegenständen, welche sämtlich zur Verloosung bestimmt sind und von den Ausstellern hierzu gratis geliefert werden, weil mit dem Reinertrag der Verloosung ein Arbeiterorgan für Mainz und Umgegend gegründet werden soll. Da nur Gegenstände von bedeutendem Werthe zur Verloosung gelangen, einige sogar den Werth von 200 fl. erreichen, ist zu erwarten, daß sämtliche Loose in den ersten Tagen vergriffen sind; der Beginn des Looseverkaufs wird noch veröffentlicht, wie alles hierauf Bezügliche, und zwar für Mainz durch Plakate. Eine Preisvertheilung findet bei dieser Ausstellung nicht statt. Dagegen wird an jedem Gegenstande der

Name des Verfertigers, sowie der der Werkstätte, aus welcher derselbe hervorging, sichtbar angebracht. Um jede weitere Auskunft wende man sich an A. Birfas, große Weißgasse 22, oder Fürstenbergstraße 9.

Mainz, 17. April. Der Schuhmacherstreik in der Wolfischen Fabrik ist zu Ende. Wir haben uns geeinigt, für den früheren Lohn wieder zu arbeiten. Also den Lohnabzug von 15 Prozent hat der Fabrikant zurückgenommen, mit der Bemerkung, daß die zurückbleibenden 5 Prozent später nach besserem Geschäftsgang bezahlt werden. Auch hat der Fabrikant eine Entschädigungssumme von 250 fl. und eingehändigt, um sie unter seine Arbeiter zu vertheilen. Wir haben dieses Geld gut angewendet. Weiterer Bericht nebst Abrechnung folgt.

Mit Brudergruß
Köln, 6. April. Heute hatten wir hier eine allgemeine Tischler-Versammlung. Erster Punkt der Tagesordnung war: Der Fachverein, dessen Zweck und dessen Ziel. Dr. Hellebrandt sprach über die Verkürzung der Arbeitszeit und die gegenseitige Konkurrenz der Meister, die es unmöglich macht, den Gefellen den gebührenden Lohn zu zahlen. Sodann sprach Dr. Heinrich über die Lage der Tischlergesellen am hiesigen Ort und beantragte einen partiellen Streik vorzunehmen und mit aller Kraft und Energie durchzuführen, was einstimmig beschlossen wurde. — Somit werden alle reisenden Tischlergesellen ersucht, Köln so lange zu meiden, bis die Differenzen zwischen Meister und Gefellen geregelt sind.

Grier, 16. April. Die Verhältnisse der hiesigen Lohgerbergesellen haben solche Formen angenommen, daß es selbst bei dem besten Willen unmöglich ist, bei der anstrengendsten Arbeit dem Lebensbedarfe und den Anforderungen der Familie Rechnung zu tragen. Es ist ihnen daher in jedem Falle geboten, eine Lohn-erhöhung von mindestens 25 Prozent zu beantragen und nach durchzuführen. — Ein einzelner Mann kann aber gegen die Macht des Kapitals nicht aufkommen und die hiesigen Gerbergehülfen bemühen sich deshalb, eine Organisation der Gerber in Deutschland in's Leben zu rufen, um späterhin mittelst eines Streikes zu einem gedeihlichen Resultate zu kommen.

Constanz, 27. März. Nicht genug damit, daß die Sozialdemokratie gegen Bourgeois und Pfaffen, den Kampf führen muß, auch gegen Arbeiter, die durch die süßen Schmeicheleien der liberalen Blätter eingelullt (denn die Rasenstüßer, die ihnen dieselben direkt oder indirekt versetzen, verstehen sie nicht oder wollen sie nicht verstehen), gegen den „Unverstand der Massen“ hat sie den Krieg zu führen und von einem solchen Scharmügel können wir hier berichten. Die meisten hiesigen Parteigenossen sind nämlich Mitglieder des hiesigen Arbeiter-Fortbildungsvereins (Schattirung: „Harmonie-Flöter“). Dem hochwohlweisen Vorstand genannten Vereins wurden nun die Sozialdemokraten ein wenig zu „süßlich“, wie aus folgendem Bericht über die letzte Versammlung, den einer seiner Getreuen, oder auch vielleicht er selbst, im hiesigen „Amtsvereindiger“ veröffentlicht, ersichtlich ist:

„Der hiesige Arbeiter-Fortbildungsverein hatte gestern eine außerordentliche Versammlung, in welcher der Ausschluß (!) der sozialdemokratischen Elemente auf der Tagesordnung stand. Der Vorstand, Herr Bohle (Schuhmachermeister) betonte in seiner Ansprache, daß die Sozialdemokraten im Vereine sich immer süßlicher machen, daß sie einen Verein im Verein gebildet haben und eigene (Sollen wir erst den Vorstand um Erlaubniß fragen? fällt uns nicht ein.) Versammlungen halten, daß aber ihre Prinzipien (Die der Vorstand nicht kennt) mit dem Grundprinzip (Welchem?) des Arbeiter-Fortbildungsvereins nicht im Einklang ständen (Sehr scharfsinnig!) und deshalb (Warum? darum!) deren Ausscheiden (bloß?) aus dem Vereine wünschenswerth (Aber wie bescheiden!) sei. Von Seite der sozialistischen Wortführer wurde in sehr heftiger (!) Weise erwidert, der Arbeiter-Fortbildungsverein sei nur der Unterdrücker der Arbeiter (Bezog sich in einem gewissen Sinne auf den gedachten Schuhmachermeister) und werde geleitet durch einen Mann, Herrn Ammon, der in seiner Zeitung nicht für das Wohl der Arbeiter eintrete. (Vor der hiesigen Katholikenabstimmung waren die Arbeiter, laut Zeitung, brave, gebildete Leute!) Von anderer Seite wurde dies mit Lebhaftigkeit (Es hatte sich eine Knüttelgarde à la Tölde gebildet, die durch Ruf: Raus mit ihnen! Schmeißt sie raus! ihr Dasein verflüchtet) als unannehmlich angesehen. Nach vielem Hin- und Herreden (In Wirklichkeit sprachen nur Sozialdemokraten) wurde beschlossen: Ausschluß der Sozialdemokraten und Bericht an den Borort. Die Versammlung verlief im Ganzen ruhig. („Sehr“ ruhig, sehr!) Soweit unser correspondirendes Element. Wir sind allerdings nicht gefonnen, und so ohne Weiteres „rausgeschmeißt“ zu lassen, sondern wollen erst die Entscheidung des Borortes abwarten, indem es uns unbegreiflich ist, daß man Mitglieder ohne genügenden Grund, bloß wegen ihrer Gesinnung, aus einem „Bildungs“-Verein ausschließen will. — Im Uebrigen macht unsere Sache hier bis jetzt gute Fortschritte. Am 18. März hatten wir auch Zusammenkunft trotz „Andern“ und zum sogenannten „Kaiserfeste“ hielt uns Herr Schable Vortrag über die Buchdruckerbewegung. Die Abonnentenzahl des „Volkstaats“ ist auf 16 gestiegen.

Wir ersuchen hiermit zugleich den Vertrauensmann in Lörrach und den Abonnenten des „Volkstaats“ in Waldshut (falls derselbe geneigt sein sollte, behufs weiterer Agitation mit uns in Verbindung zu treten) um Zusendung ihrer Adressen an den Unterzeichneten. Alle hier zu- oder durchreisende Parteigenossen machen wir aufmerksam, daß sie bei Herrn Nieg, „Gasthaus zum Lamm“, woselbst auch der „Volkstaat“ aufliegt, nähere Auskunft erhalten. Wir hoffen, daß auch die Konstanzener Mitgliedschaft kräftig erblühen und die Prinzipien der Sozialdemokratie energisch vertreten wird.

C. Schröder, bei Gebr. Müller, Möbelschreiner, Constanz.
Wien, 10. April. Das Redactions-Comité des „Volkswille“ zeigt in einem Circular an, daß das Blatt vom 15. Mai ab täglich erscheinen werde, nachdem es gelungen sei, denselben Mann, welcher einen Theil der Caution für das Blatt erlegt, zu bestimmen, die zum täglichen Erscheinen des Blattes nöthige Summe gegen fünf Prozent Verzinsung leihweise vorzuschließen.

Königsberg, 8. April. Mit den Arbeitern der Ostbahn streiken auch die Hülfsweichensteller und Bodenmeister. Die Direction will gegen diese, da sie vereidigt sind, die „strafrechtliche“ Untersuchung beantragen.

Wintertthur, 16. April. Unseren Berufsgeossen in Deutschland zur Nachricht, daß der Streik der hiesigen Schneider beendet ist und in den größeren Werkstätten die Tarife vollständig angenommen sind. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß ein Arbeiter, Herr Weitzengel (früher Mitglied und Geschäftsführer der hiesigen Schneidergenossenschaft) sich weigerte, den Tarif anzunehmen, und sich der Worte bediente: „Die Arbeiter werden schon wiederkommen, wenn sie Hunger haben.“ Die Arbeit ist also bei ihm noch nicht wieder aufgenommen worden, und wir ersuchen alle Collegen, demselben zu zeigen, daß der Arbeiter ohne ihn sein

kann, ohne Hunger zu leiden. Da wir noch in Erfahrung gebracht, daß derselbe nach Würzburg um Arbeiter geschrieben hat, so bitten wir unsere dortigen Berufsgeossen, dahin zu wirken, daß ihm und seinen Phrasen dort kein Gehör gegeben wird.

Im Namen der Schneider-Sektion Wintertthur
das Comité.

Briefkasten
der Expedition. Adle Königsberg: in Nr. 28 irrthümlich von mir quittirt, es muß heißen 7 Thlr. 18 Gr. f. Abonn. statt 2 Thlr. Von Alt Frankfurt a. M.: f. Abonn. 2. Qu. 7 Thlr. 23 Gr. f. Schr. 4 Thlr. 25 Gr. S. Einar daselbst: f. Abonn. März, April 16 Gr. S. Bierbrauerer. daselbst: f. Annonc. 4 Gr. S. Gur: f. Schr. 5 Gr. S. Pf. Straßburg: f. Abonn. April 8 Gr. S. Brim hier: f. Abonn. 10 Gr. S. Rir Gellenau: f. Schr. 2 Thlr. 1 Gr. S. G. Stille Meerane: für Abonn. 1. Qu. 28 Thlr. 27 Gr. 5 Pf., f. Schr. 3 Thlr. 5 Pf. S. Lesinger. „Concordia“ Oligo: f. Schr. 4 Thlr. 6 Gr. S. Wasenla. Pestsingfors: f. Abonn. 2. Qu. 12 Gr. 5 Pf. S. G. Ramm Reudorf: f. Abonn. 1. Qu. 5 Thlr. 5 Gr. S. G. Rar Pforzheim: f. Abonn. 2. Qu. 1 Thlr. S. Jt Heidelberg: f. Schr. 10 Gr. S. G. Jhng Baden-Baden: f. Abonn. 2. Qu. 27 Gr. 5 Pf. S. Bde jun. Braunschweig: f. Ann. 6 Thlr. 11 Gr. S. J. Umbrg Berlin: f. Ann. 6 Gr. S. J. Tbr Wieda: f. Schr. 5 Gr. 4 Pf. S. J. Jnz Glangau: f. Schr. 9 Gr. S. E. Vmold Schultsche 184 gratis zurück. J. Dfr Linz: f. Schr. u. Abonn. 5 fl. Jhrer. W. Von Rnd hier: f. Abonn. 2. Qu. 12 1/2 Thlr. S. A. Lamm Berlin: f. Ann. 1 Thlr. 21 Gr. f. Abonn. März 3 Thlr. 10 Gr. 5 Pf., f. April 4 Thlr. 16 Gr. 5 Pf. S. Krantz München: f. Schr. 1 Thlr. 26 Gr. S. Arb.-Bild.-Ver. Salzburg: f. Abonn. 2. Qu. 2 fl. 15 Kr. Jh. W. S. Smn Kalen: f. Abonn. 1. u. 2. Quart. 19 Thlr. 6 Gr. S. E. Jeps Reutlingen: f. Ab. 2. Qu. 5 Thlr. S. E. Lmrecht Getha 1. Qu. 17 Thlr. 15 Gr. der Redaktion. Gellenau: Artikel bereits in Nr. 31. E. J. Waldheim: Dank; wird benützt. Grelisch: In nächster N. Duisburg, Wien, P. Gr. in Berlin: In nächster Nr. Th. Kaiserlautern: Wir müssen erst weit nachschlagen, hoffen es jedoch in einigen Tagen zu finden. S. Unser Artikel über Sonnemann-„Neuer“ mußte für nächste Nr. zurückgelegt werden.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilsquittungen erhalten ferner: in Mainz B. J. Em. 1, J. Em. 1, E. Em. 1, J. Etl. 1, J. G. 1, J. B. J. 1, J. Gm. N. 2, R. Kr. 2; in Sötterich: E. Gr. Thlr. 10; in Leipzig: 1. Bitt. und Comp. Thlr. 4, in Larenburg W. Vöhrd. Thlr. 30, in Hamburg H. B. 3; in Frankfurt a. M. H. D. 5, P. D. 2; in Bodenheim J. J. 1; in Reudorf b. Staßfurt G. R. 3 1/2; in Leipzig E. Stb. 2, Jr. Chr. Stb. 4; in Werdau J. Jsch. 15 Thlr. 5 Gr.; in Berna J. Jsch. 5.

Fond für pol. Gemafregelte.
Von Nauert hier gef. 4 Thlr., von Hammer hier 2 Thlr. S. Stjunn. Reuschenseld 6 Thlr. Von Seiffert 2 1/2 Gr.

Anzeigen zc.
Berlin. Den Mitgliedern in Berlin zur Nachricht, daß das Kassen-lokal von Invalidenstraße Nr. 16, Café Hübner, nach der Anzughstr. 80, Café Made, verlegt ist.
Der Bevollmächtigte.

Berlin Sonnabend den 26. April, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Mülow, Weberstraße Nr. 24a. Vortrag des Herrn Kaiser. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und gleichzeitig für Aufnahme neuer Mitglieder zu agitiren. Gäste haben Zutritt.
Der Vertrauensmann.

Stuttgart Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins.
Sonntag den 4. Mai in sämtlichen oberen Räumen der „Liederhalle“. Alle Parteigenossen und Freunde des Vereins von nah und fern werden hierzu freundlich eingeladen.
J. A.: Der Vorstand.

Zur Beachtung für Malergehülfen.
Wegen anhaltenden Streikes wird vor Anzug gewarnt.
Bremen, 19. April 1873.

Für Schuhmacher.
Den Herren Schuhmachern (Prinzipalen und Gehilfen) Berlins mit auswärts zur Nachricht, daß das Arbeits-Nachweis-Bureau des Allgem. Schuhmacher-Vereins sich vom 15. April 1873 an Langestraße 17—19 bei Herrn Krüger, 1 Treppe, befindet.

2 gute Damenschneider-Gehülfen
auf Stückerarbeit sucht J. Weichardt in Frankfurt an der Oder. Näheres brieflich.

Elije Bernstein
Jacob Bamberger
Verlobte.
Berlin März 1873.

Vertrauensmänner
und Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei werden gebeten, behufs Zufindung der gedruckten „Mittheilungen in Sachen der aufgelisteten früheren Mitgliedschaft“ dem Unterzeichneten ihre Adressen baldigst angeben zu wollen.
Bedenbahl, Fürth b. Nürnberg. 18

Dank, herzlichen Dank
Allen Freunden und den Mitgliedern des sozial-demokr. Arbeiter-Vereins und der im Entstehen begriffenen internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft der Schuhmacher für die aufopfernde Liebe und Ehre, welche mir an meinem 50jährigen Geburtstag, den 11. April 1873, zu Theil wurde. Ich wünsche Allen Gesundheit und bringe ein dreifaches Hoch der Sozialdemokratie mit dem Wunsche, daß Jeder treu und fest zur Fahne der Gerechtigkeit halten möge bis ans Ende und bis der Sieg errungen! Ich werde ein Gleiches thun. Es lebe die Freiheit!
Kochlin, 17. April 1873. Chr. Bet-haus, Schuhmacher.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
An Stelle des, aus dem Vorstand geschiedenen Herrn R. Examer ernennen wir hierdurch laut § 23 des Statuts bis zur nächsten Generalversammlung Herrn Otto Richter, Kolograph in Leipzig, zum 2. Ver-fügenden.
Hamburg, den 19. April 1873. Der Aufsichtsrath.
Ed. Frey, Vors. Th. Jord, Schriftf.

Sorben erschienen:
Beder, Bernhard. Briefe deutscher Bettepatrioten, 2. Lieferung. Das Werk ist in 5 Lieferungen complet. Bei directem Bezuge kostet die Lieferung 7 1/2 Gr., 10 Stk. 2 Thlr.
Beder, Bernhard. Der alte und der neue Jesuitismus, 3. Auflage. Direct bezogen 4 Gr., 10 Stk. 1 Thlr.

Diejenigen, welche Exemplare der ersten Lieferung von Beder, Briefe zc. auf Lager haben, ohne sichere Aussicht auf Absatz, wollen dieselben freundschaftlich zurücksenden; Buchhändler gefälligst über Leipzig. Gleichzeitig bitte ich um Mittheilungen des Bedarfs von der zweiten Lieferung.
Meine übrigen Verlagsartikel bringe ich in Erinnerung. Preis-courante gratis. Wiederverkäufern Rabatt.
Braunschweig, 17. April 1873. [ZaM] B. Brade jun.
Leipzig: Verantw. Redakteur E. Kasper. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.